

Antje Schrupp

Aneinander geraten

Konflikte und Fraktionen im deutschen Feminismus

Als ich auf Chiara Zambonis Anfrage hin diesen Artikel für Diotima online zusagte, hätte ich nicht gedacht, dass es so schwer sein würde, etwas über die Konflikte in der deutschen Frauenbewegung zu schreiben. Inzwischen bin ich schon seit einigen Wochen mit diesem Thema schwanger. Es ist keineswegs so, dass es mir an Beispielen und Geschichten über Auseinandersetzungen zwischen Feministinnen in Deutschland mangelt. Es ist auch nicht so, dass ich Schwierigkeiten habe, das in Worte zu fassen. Das Problem ist eher, dass mir der Gegenstand, das Thema, immer wieder entgleitet. Inzwischen glaube ich, das liegt vielleicht daran, dass es Konflikte zwischen Feministinnen eigentlich gar nicht gibt – oder jedenfalls nur sehr selten. Und dass das auch gleichzeitig der Grund ist, warum die Frauenbewegung derzeit wie gelähmt scheint.

Wenn Konflikt bedeutet, dass „Tendenzen oder Absichten aneinander geraten, deren gleichzeitige Verwirklichung sich ausschließt“ – so der Eintrag im Lexikon Wikipedia – dann heißt einen Konflikt auszutragen, sich über die eigenen Tendenzen oder Absichten klar zu sein und diese im Gespräch deutlich zu machen. Weil ja nur dann überhaupt ein sinnvoller Streit möglich ist in dem Sinne, dass diese Tendenzen und Absichten sich verändern, auf der eigenen Seite, auf der anderen Seite oder auf beiden. Genau so finden politische Auseinandersetzungen in Deutschland aber praktisch nie statt. Hier geht es im Allgemeinen darum, Fakten und Notwendigkeiten zu beweisen oder auch einfach nur zu behaupten. Niemand sagt in einer politischen Diskussion zum Beispiel: „Mit dem was du sagst bin ich nicht einverstanden“ oder „Ich verfolge aber andere Ziele“. Sondern man sagt Dinge wie: „Was du sagst, ist nicht wahr“, „die Fakten beweisen das Gegenteil“, „es ist aber notwendig, dass...“.

Diese Diskussionsstruktur ist der Hauptgrund dafür, warum die Ideen und Vorschläge der Libreria delle donne di Milano und auch die Texte von Diotima in Deutschland so außerordentlich schwer zu vermitteln sind. Sätze wie: „Nicht glauben, Rechte zu haben“ oder „Das Patriarchat ist zu Ende“ fordern in dieser Logik nämlich geradewegs dazu heraus, gewissermaßen „korrigiert“ zu werden: „Frauen haben *sehr wohl* Rechte!“, „Das Patriarchat ist *nicht* zu Ende!“, was dann mit entsprechenden Statistiken und Zahlen auch „bewiesen“ werden kann.

Wenn eine Idee erst einmal als Irrlehre entlarvt ist, erübrigt sich natürlich jeder Konflikt. Politische Auseinandersetzungen werden daher oft zu einer Art Schaukampf, bei dem es nicht um die Suche nach Lösungen geht, sondern darum, die Zustimmung von Dritten zu gewinnen: die Stimmen der Unentschlossenen, die öffentliche Aufmerksamkeit, die Gunst des Gerichts. Das geht natürlich besonders gut, wenn man den Gegner verunglimpft, lächerlich macht, ihm das Wort im Munde herum dreht, was dann jede direkte Beziehung erst recht unmöglich macht.

Das ist kein spezielles Problem des Feminismus oder der Frauenbewegung. Die Politik, die Frauen meiner Generation – also die jetzt ungefähr 40-Jährigen – in Deutschland geerbt haben, war generell eine Politik der Kritik und des Widerstands. Kritik war, so lernte ich schon in der Schule, die einzig legitime und „politische“ Art und Weise, sich mit den Verhältnissen in Beziehung zu setzen. Politik, so wurde uns beigebracht, ist wesentlich Misstrauen gegen die Propaganda der „anderen“. In den achtziger Jahren hatte diese Kultur des Misstrauens längst auch die Linke selbst und auch den Feminismus infiziert.

Das alles wäre vielleicht gar nicht so schlimm gewesen, wäre dazu nicht der wohl typisch deutsche Ehrgeiz hinzugekommen, alles besonders gründlich machen zu wollen. Deshalb musste man dem politischen Gegner nicht nur prinzipiell misstrauen, man durfte nicht einmal mit ihm *reden*. Als ich Anfang der neunziger Jahre in Rom einmal bei einer Geburtstagsfeier eingeladen war und dort eine Auseinandersetzung zwischen einem Anhänger der RC und einem des MSI mithörte, war ich völlig schockiert: Wie konnte es sein, dass ein Kommunist und ein Faschist ein und dieselbe private Feier besuchen? In Deutschland hätten die beiden sich nicht in einen Streit verwickelt, sondern jeweils die Gastgeberin zur Rede gestellt, die „so einen“ eingeladen hat. Dasselbe gilt auf politisch-öffentlicher Ebene: Die Frage, wer eingeladen wird (zu einer Talkshow, einer Podiumsdiskussion, einer Kommission) löst oft viel heftigere Diskussionen aus als das, was dort dann inhaltlich gesagt wird.

Dieser Hintergrund ist wichtig, um die gegenwärtigen Konflikte innerhalb der Frauenbewegung zu verstehen und wie sie ausgetragen werden. Von Beginn an ist die Frauenbewegung ja in große, einander bekämpfende Fraktionen gespalten gewesen: In bürgerliche und sozialistische Frauen, in Lesben und Heteras, in Matriarchatsforscherinnen und Gleichheitsfeministinnen, in autonome oder institutionell agierende Gruppen, in Dekonstruktivistinnen und Biologistinnen, in Karrierefrauen und Graswurzlerinnen, Mütter und Kinderlose, um nur ein paar der wichtigsten Differenzen zu nennen. Beide Seiten redeten normalerweise nicht miteinander. Und jede Seite beanspruchte für sich, die eigentlichen, „wahren“ Interessen „der“ Frauen zu vertreten.

Inzwischen, nach dreißig Jahren Frauenbewegung, sind diese verschiedenen Strömungen sozusagen in einen Modus der „Waffenruhe“ verfallen und haben sich in je unterschiedlichen Biotopen festgesetzt: An den Universitäten regieren die Dekonstruktivistinnen, in den Medien halten sich Gleichheitsfeministinnen und Biologistinnen die Waage (manchmal sogar in ein und derselben Person), in den einflussreichen Positionen der Wirtschaftsunternehmen gibt es praktisch nur Karrieristinnen, während sich der Rest in verschiedenen Vereinen und Institutionen mehr oder weniger unter Ihregleichen organisiert hat. Deshalb geraten sie auch weiterhin nur selten in Konflikten „aneinander“.

Immerhin gilt es heutzutage nicht mehr als politisch korrekt, im Interesse „der Frauen“ zu sprechen. Zu offensichtlich sind die Unterschiede geworden, zu heftig der Protest der auf diese Weise Vereinnahmten, zum Beispiel der sehr zahlreichen Musliminnen in Deutschland oder der Frauen in Ostdeutschland, die ja so ihre ganz eigenen Erfahrungen mit realsozialistischer Emanzipationspolitik gemacht haben. Allerdings hat sich unter dem Stichwort *diversity* eine aus den USA übernommene Sichtweise ausgebreitet, wonach solche Unterschiede und Differenzen wesentlich auf äußere Faktoren wie Rasse, Klasse, Religion zurückgeführt werden, was zu einem Relativismus weiblicher „Vielfalt“ führt, die dem Konflikt aber weiterhin entzogen bleibt.

Die Frauenbewegung hat mehr als andere politische Bewegungen unter der Kultur des „Beziehungsverbots“ gelitten. Dass die sehr vielfältigen Ideen und Anstöße aus Italien – von Diotima und der Libreria – hierzulande vor allem unter dem Stichwort „Affidamento“ aufgegriffen wurden (während andere Diskussionsstränge eher wenig verfolgt wurden) ist deshalb kein Wunder: Die Vorstellung, dass Differenzen unter Frauen nicht ein Problem oder gar ein unüberwindbares Hindernis darstellen, sondern im Gegenteil die *Grundlage* für Beziehungen unter Frauen sind, war für viele Feministinnen in Deutschland ein unmittelbar befreiender Gedanke. Eine „Erlösung“, eine „Initialzündung“, ein „Befreiungsschlag“, ein „Wendepunkt“ – das sind die Worte, die immer wieder fallen, wenn Frauen davon erzählen, wie ihr feministisches und frauenpolitisches Engagement sich durch die Begegnung mit den „Italienerinnen“ verändert hat.

Diese Initialzündung hatte eine große regionale Ausstrahlung, und zwar unabhängig davon, welcher feministischen „Fraktion“ die solchermaßen Angesteckten angehören: Ob sie Gleichstellungsbeauftragte sind oder sich auf matriachale Spuren begeben, ob sie in autonomen oder staatlichen Frauenzentren arbeiten, ob sie Bildungsprogramme organisieren oder Pfarrerinnen sind: Überall dort, wo Frauen mit dem Denken der „Italienerinnen“ arbeiten und es weiterentwickeln, wo sie ihre eigene Politik anhand dieser Ideen neu durchdenken und bewerten, zeigen sich positive Früchte. Und zwar nicht, weil den vielen bisherigen feministischen Aktivitäten eine neue Richtung namens „Italienerinnen“ hinzugefügt worden wäre, sondern weil diese Aktivitäten durch ein neues Selbstverständnis, durch die positive Wertschätzung von Differenzen und konkreten Beziehungen, eine neue Qualität und Lebendigkeit bekommen haben.

Interessanterweise – aber nicht zufällig – ist dabei der Zuspruch dort am größten, wo man es eigentlich nicht erwarten würde, und zwar bei den Gleichstellungsbeauftragten von Kommunen und Institutionen. Ich glaube, das liegt daran, dass sie es bei ihrer Arbeit tatsächlich mit der realen Unterschiedlichkeit von Frauen zu tun haben, sie können sich also nicht ins ideologisch abgeschottete Biotop zurückziehen. So kam ich kürzlich ins Gespräch mit der Frauenbeauftragten der Stadt Frankfurt am Main. Sie leitet eine große Behörde und ist zuständig für die Belange der Bürgerinnen – ein etwas nebulöser Auftrag. Sie berichtete von dem Problem, das sie und viele ihrer Kolleginnen haben, wie mit Beschwerden von Bürgerinnen umzugehen sind, zum Beispiel zu sexistischer Werbung. Es besteht ein großes negatives Gefühl zu dem Anspruch, hier einfach als Stellvertreterin für „Fraueninteressen“ zu fungieren. Mein Vorschlag, Politik in erster Person zu betreiben, also mit einem eigenen Urteil auch das Amt selbst auszufüllen, sowie die auftretenden Differenzen unter Frauen als Ressource für das feministische Denken statt als unüberwindbares Hindernis zu verstehen, stieß auf großes Interesse. Im Herbst werden wir dazu einen Workshop für kommunale Frauenbeauftragte machen.

Dies ist nur ein Beispiel. Ich beobachte in den letzten Jahren eine sehr aktive Annäherung der „Staatsfeministinnen“ an Ideen und Gedanken des „Differenzdenkens“ oder eines „Feminismus der Beziehungen“, der eben notwendigerweise ein Feminismus des Konflikts ist. Ein Grund ist auch, dass es inzwischen so viele „Frauenstellen“ in den öffentlichen Verwaltungen gibt – von den Gleichstellungsbeauftragten bis hin zu denen, die *Gender Mainstreaming* implementieren sollen – dass längst nicht mehr nur Feministinnen oder Frauen, die ihre Wurzeln in der Frauenbewegung haben, solche Stellen übernehmen. Sehr oft sind es Frauen aus den Verwaltungen selbst, viele von ihnen haben kaum feministische Wurzeln oder Kontakte im engeren Sinn und deshalb ein großes Bedürfnis nach Austausch und Gespräch.

Ich kann noch nicht sagen, ob es ein allgemeiner Trend ist, aber in einigen Städten habe ich beobachtet, dass diejenigen, die sich in den letzten Jahren mit dem Denken der Italienerinnen beschäftigt haben und eine Politik der Frauen im Sinne von politischen Beziehungen praktizieren, hier eine Vermittlungsposition einnehmen. Und zwar deshalb, weil sie einen Sinn der Politik vermitteln, der über die Verteilungskämpfe um öffentliche Gelder hinausgeht. Dies wird zum Beispiel dann wichtig, wenn – wie derzeit in vielen Städten der Fall – Fraueninitiativen, die sich ursprünglich aufgrund ideologischer Differenzen separiert hatten, nun aufgrund knapper werdender Zuschüsse zur Kooperation gezwungen sind.

Während also diejenigen, die auf höherer politischer Ebene „Frauenpolitik“ machen, den Ideen der Italienerinnen nach wie vor eher kritisch gegenüber stehen, interessieren sich „Frauenfrauen“ an der Basis, also solche, die in staatlichen oder kirchlichen Institutionen mit der konkreten Ausgestaltung frauenpolitischer Arbeitsfelder zu tun haben, zunehmend für das Denken der Geschlechterdifferenz. Sie sehen es dabei übrigens nicht als Widerspruch an, sich wesentlichen Gedankengängen etwa der Libreria delle donne oder Luisa Muraros anzuschließen, und gleichzeitig doch für Quoten einzutreten oder sich mit einer Politik der Forderungen auf rechtlich-institutioneller Ebene zu engagieren. Das hat verschiedene Gründe, die sowohl mit der historisch großen Bedeutung des Staates für politisches Handeln zusammenhängen, als auch damit, dass in der deutschen Frauenrechtsbewegung emanzipatorische Forderungen schon immer nicht mit der Gleichheit, sondern mit der Differenz der Geschlechter begründet wurden und daher das Denken der Geschlechterdifferenz gut hinein zu passen scheint. Die Vorstellung ist, dass Frauen sich einerseits zwar in konkreten Beziehungen über ihr Begehren verständigen, weibliche Autorität anerkennen und sich eigene Urteile bilden, dass dies alles aber nur dann wirksam werden kann, wenn sie es auch konsequent innerhalb staatlicher Strukturen implementieren, dort gemeinsame Interessen vertreten und gefundene Lösungen gesetzlich absichern.¹

Mich überzeugen diese Argumente zwar nicht, aber in Diskussionen auch mit vielen meiner Freundinnen stoße ich an diesem Punkt meist auf eine unüberwindbare Hürde. Dass politische Veränderung außerhalb oder jenseits des Staates geschehen kann, ist in Deutschland praktisch nicht denkbar. Das liegt wohl auch an historischen Gegebenheiten liegt: Es gibt in Deutschland keinerlei anarchistische Tradition, auch die Arbeiterbewegung agierte hier immer fast ausschließlich parteipolitisch. Das kurze Aufflackern der „außerparlamentarischen Opposition“ der 68er Jahre hat daran nichts geändert, im Gegenteil: Durch die schon in den 70er Jahren entstandene scheinbare Alternative von Terrorismus versus „Marsch durch die Institutionen“ hat sich nur die Vorstellung verhärtet, dass letzteres der einzig gangbare Weg sei.

Die einzige Möglichkeit, außerhalb des Staates politisch zu handeln, wird in einer radikalen Gegenposition gesehen, in einer Form des kämpferischen Widerstandes, der sich aber mit einer Politik der Beziehungen noch viel schlechter verträgt. Die größten Kritikerinnen des „Staatsfeminismus“ sind jene, die „autonom“ gegen einen übermächtiges Staatsgebilde anrennen und Frauenpolitikerinnen der Kooperation mit dem Gegner bezichtigen. Ähnlich steht es um die große Gruppe der „Dekonstruktivistinnen“ (die vor allem an den Universitäten stark sind), die staatlichen Bemühungen wie dem *gender mainstreaming* nicht etwa vorwerfen, dass hier an das Frausein männliche Maßstäbe angelegt werden,

¹ Theresia Wintergerst hat diese Position kürzlich in einem Buch theoretisch begründet: „Skepsis und Freude. Politische Selbstorganisation und die Philosophie Luisa Muraros“, Ulrike Helmer Verlag, Königstein 2006.

sondern vielmehr, dass nicht mitsamt dem *gender* auch gleich das *sex* abgeschafft wird. Ihrer Ansicht nach liegt die Wurzel allen Übels darin, dass es Frauen überhaupt gibt.

Auf einer genau entgegengesetzten, aber gleichwohl sich stark über Widerspruch und Kritik gegen „das Patriarchat“ definierenden Linie sind viele Matriarchatsfeministinnen. In diesen Kreisen, die sich außerhalb der Universitäten organisiert haben, wurden zwar viele Ideen der „Italienerinnen“ sehr positiv aufgegriffen, allerdings auch teilweise missverstanden. Oft neigen sie zu einer essentialistischen Sichtweise der Geschlechter, stellen die „gute“ matriachale Welt der „bösen“ patriarchalen entgegen und idealisieren Weiblichkeit und Mutterschaft als unhinterfragbare positive Eigenschaften.

Insgesamt stehen, so glaube ich, die Chancen gut, dass aus der sich abschottenden Konkurrenz der verschiedenen feministischen Strömungen zunehmend ein wirklicher Konflikt wird, dass also der „kalte Krieg“ der Ideologien über ihren jeweiligen Wahrheitsanspruch endet und stattdessen eine fruchtbare Auseinandersetzung über unterschiedliche Absichten entsteht. Die Grenzen sind durchlässig geworden, weil junge Frauen kein Interesse an ideologischen Positionierungen mehr haben, weil im Zuge des „Diversity“-Diskurses Unterschiede immerhin schon einmal wahrgenommen und akzeptiert werden, weil äußere Faktoren schlicht zur Kooperation zwingen. Das alles sind hoffentlich erste Schritte dahin, dass mehr und mehr diejenigen Differenzen unter Feministinnen zum Thema werden, die ihre Gründe nicht in externen Umständen haben, sondern in dem, was eine Frau denkt, will und tut.

Schon jetzt gibt es ja solche Ansätze an vielen Orten, und oft sind sie inspiriert von Frauen, die sich auf die Ideen der „Italienerinnen“ beziehen. Allerdings ist diese positive Qualität des feministischen Konflikts immer abhängig geblieben von den jeweiligen Frauen, die das an Ort und Stelle verkörpern, die unterschiedliche Frauen zusammenbringen, Beziehungen aufbauen und pflegen, Vermittlungen suchen. Dass sich daraus keine weitergehende und kontinuierliche Zusammenarbeit ergeben hat, dass dieses Denken der sexuellen Differenz und die politische Praxis der Beziehungen unter Frauen in ihrer Verschiedenheit in der öffentlichen Debatte über den Feminismus so wenig wahrgenommen wird, habe ich lange bedauert. Ich wünschte mir einen „Namen“, eine feste „Gruppe“, die in der feministischen Szene als eigene „Richtung“ oder als „Marke“ auftreten könnte. Inzwischen bin ich froh, dass es nicht so gekommen ist.

Wenn die konkreten Beziehungen das Entscheidende sind, dann geht es eben nicht darum, Grenzen und Unterschiede zu markieren – auch nicht zwischen „Beziehungsfeministinnen“ und „Gleichheits-“, oder „Staatsfeministinnen“ – sondern es geht um die Frage, welche Antworten wir haben für die Probleme unserer Gesellschaft. Es ist völlig offensichtlich, dass diese Antworten nicht aus ideologischen Grabenkriegen und auch nicht aus kulturellem Relativismus herrühren können, sondern nur aus einer anderen Kultur des politischen Konflikts. Als ich neulich auf einer frauenpolitischen Tagung vorschlug, wir Feministinnen sollten uns häufiger öffentlich streiten, gab es zwar noch immer starken Widerspruch von denen, die glauben, weibliche Stärke hänge von der Solidarität der Frauen ab. Aber viele griffen den Vorschlag mit Interesse auf und verstanden spontan, was ich damit meinte: Dass Konflikte gerade auch in ihrer politischen und öffentlichen Dimension keinen Abbruch der Beziehungen bedeuten, sondern im Gegenteil ein sichtbares Zeichen von Beziehungen sind. Weil Feministinnen ja nicht um Wählerstimmen konkurrieren, sondern sich auf den unvorhersagbaren Weg der Suche nach dem befinden, was gutes Leben für alle Menschen auf dieser Welt bedeutet.

